

SONDERNEWSLETTER ZUR KOMMUNALWAHL 2026



ARBEITSGEMEINSCHAFT
GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE
IN DER REGION HANNOVER

SPÄTER FORTSCHRITT

UN Women prognostiziert, dass es bei dem aktuellen Tempo noch über 130 Jahre dauern wird, bis weltweit absolute Gleichberechtigung in den höchsten Regierungspositionen erreicht ist.

Quelle: <https://unwomen.de/frauen-in-fuehrungspositionen/>

ALTERSSTRUKTUR: MEHRHEIT MITTE 50

Das Durchschnittsalter der Oberbürgermeister*innen in Deutschland liegt bei 53,7 Jahren (Median 54 Jahre). Die Mehrheit ist zwischen 50 und 59 Jahre alt, die Jüngsten Anfang 30, die Ältesten 70 Jahre.

Quelle: [Deutschlands Oberbürgermeister*innen: männlich, CDU und 134.000 Euro Mindestgehalt | Gisma](#)

BÜRGERMEISTER*IN: EIN MÄNNLICH GEPRÄGTES AMT

In Niedersachsen gibt es 403 hauptamtliche Bürgermeister*innenposten. Aber nur 15,5 Prozent von ihnen sind mit Frauen besetzt.

Quelle: [Weltfrauentag: Nur 15 Prozent der Bürgermeister sind Frauen | ndr.de](#)

LIEBE LESER*INNEN,

am 13. September 2026 ist es wieder so weit: In Niedersachsen finden die Kommunalwahlen statt. Auch in der Region Hannover wird dann neu entschieden – gewählt werden die Regionsversammlung, die*der Regionspräsident*in, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsräte und auch Bürgermeister*innen.

Was auf den ersten Blick wie trockene Kommunalpolitik wirkt, hat ganz konkrete Auswirkungen auf unseren Alltag und immer auch auf Gleichstellung: Wie gut sind die Kitas ausgestattet, und wer kann Beruf und Familie wirklich vereinbaren? Wie entwickeln sich Schulen und Verkehr in unserer Region und kommen alle gleichermaßen gut durch den Alltag? Wie steht es um bezahlbaren Wohnraum, soziale Teilhabe und Gewaltschutz, also darum, ob Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können? Und wie ernst nehmen wir Klimaschutz mit allen seinen Facetten. Kurz gesagt: Diese Wahlen betreffen uns alle und sie betreffen Gleichstellung in jeder Hinsicht.

Mit diesem Newsletter möchten wir Sie als Gleichstellungsbeauftragte der Region dazu aufrufen: Informieren Sie sich aktiv über Gleichstellungsaspekte im Zuge der Wahlen und nutzen Sie Ihre Stimme für eine gerechte und gleichstellungsorientierte Demokratie!

Viel Spaß beim Lesen dieses Sondernewsletters!

Ihre Gleichstellungsbeauftragten

FRAUENWAHLRECHT – KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT!



Für viele von uns scheint das Wahlrecht für Frauen selbstverständlich. Das war es aber lange Zeit nicht. Einige Länder führten das Frauenwahlrecht bereits früh ein, zum Beispiel Neuseeland im Jahr 1893. In Deutschland erhielten Frauen 1918 das aktive und passive Wahlrecht und konnten 1919 erstmals an einer Wahl teilnehmen. Andere Staaten führten das Frauenwahlrecht deutlich später ein, etwa die Schweiz im Jahr 1971. Heute ist das Frauenwahlrecht weltweit weitgehend anerkannt. Auf der interaktiven Weltkarte in diesem Artikel können Sie sehen, wo Frau ab wann wählen durften.

[Frauenwahlrecht: Interaktive Weltkarte](#)

SONDERNEWSLETTER ZUR KOMMUNALWAHL 2026

**"MAN DARF
NICHT NUR
DAGEGEN SEIN,
MAN MUSS
ETWAS TUN"**

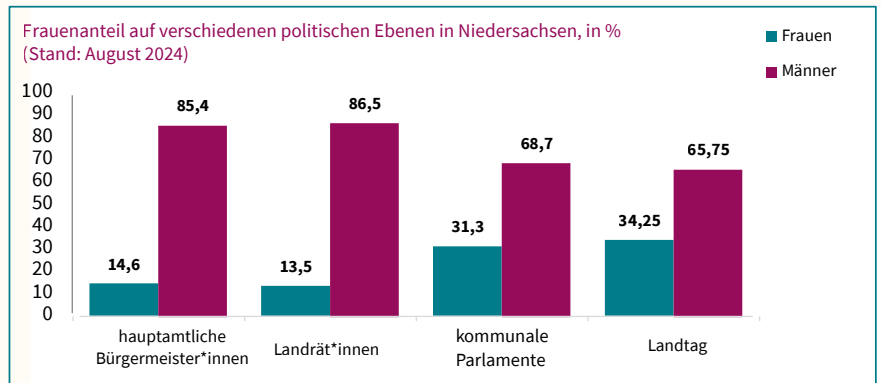
SOPHIE SCHOLL

FRAUEN IN DER KOMMUNALPOLITIK: NOCH LUFT NACH OBEN

Frauen stellen mehr als rund die Hälfte der Bevölkerung, sind in politischen Ämtern jedoch weiterhin unterrepräsentiert.

In der Region Hannover wurden bei der Kommunalwahl vor 5 Jahren 38 Frauen in die Regionsversammlung gewählt, die aus 84 gewählten Regionsabgeordneten und dem*r Regionspräsident*in besteht. Der Frauenanteil beträgt somit 44,7% und liegt damit deutlich höher als im gegenwärtigen niedersächsischen Land- (34,2%) oder im Bundestag (32,4%). Die kommende Kommunalwahl wird zeigen, ob die Regionsversammlung den vergleichsweise hohen Frauenanteil halten kann oder ob sich der bundesweite Trend einer Verdrängung von Frauen aus den Parlamenten in der Region fortsetzt.

Quelle: Gleichstellungsbericht der Region Hannover



Quelle: Landtag Niedersachsen (2024), Landesamt für Statistik Niedersachsen (2024), BMFSFJ (2024), eigene Darstellung

**WER SITZT AM
TISCH DER
MACHT?**

Im 21. Deutschen Bundestag beträgt der Frauenanteil aktuell 32,4 %. Das sind 2,4 Prozentpunkte weniger als zu Beginn der letzten Legislaturperiode, als der Frauenanteil bei 34,8 % lag.

Laut dem weltweiten Ranking der Interparlamentarischen Union IPU, lag Deutschland damit zum Stichtag 1. März 2025 auf Rang 58. In vielen europäischen Staaten waren anteilig mehr Frauen in den Parlamenten vertreten als hierzulande, beispielsweise in allen skandinavischen Staaten (jeweils mehr als 43 %), in Spanien (44,3 %), dem Vereinigten Königreich (40,5 %), den Niederlanden (39,3 %), Frankreich (36,2 %) und Österreich (36,1 %).

Weltweiter Spitzenreiter mit einem Frauenanteil von 63,8 % war das ostafrikanische Land Ruanda. Daneben gehörten nur noch Kuba (55,7 %), Nicaragua (55,0 %) und Mexiko (50,2 %) zu den Ländern, in deren Parlamenten Frauen ebenfalls in der Überzahl waren. Geschlechterparität herrschte in den Parlamenten von Andorra und den Vereinigten Arabischen Emiraten. In den Parlamenten des Oman, des Jemen und des pazifischen Inselstaates Tuvalu saßen hingegen keine weiblichen Abgeordneten.

Quelle: Frauenanteil in den nationalen Parlamenten weltweit 2025 - Statistisches Bundesamt)

SONDERNEWSLETTER ZUR KOMMUNALWAHL 2026



ARBEITSGEMEINSCHAFT
GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE
IN DER REGION HANNOVER

WER GESTALTET UNSERE DEMOKRATIE? GLEICHE RECHTE, UNGLEICHE BETEILIGUNG?

Politisches Engagement beginnt häufig auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig ist Kommunalpolitik in Niedersachsen ehrenamtlich organisiert, mit Sitzungen in den Abendstunden, Fraktionsarbeit, Ausschüssen, Veranstaltungen und langen Vorbereitungszeiten. Da Frauen nach wie vor den größten Teil der Sorgearbeit für Kinder, Angehörige und Haushalt tragen und oft weniger verdienen als Männer, fehlen ihnen häufig die zeitlichen und finanziellen Ressourcen für ein zusätzliches politisches Engagement.

Wer politisch aktiv werden möchte, stößt schnell auf weitere Hindernisse. Frauen erleben häufiger Anfeindungen in politischen Debatten, werden seltener aktiv angesprochen und zweifeln ihre eigene Eignung stärker an. Vielerorts fehlen weibliche Vorbilder und familienfreundliche Strukturen. Die Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik ist deshalb keine Frage des Interesses, sondern eine Frage der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Dies gilt allerdings nicht nur für die Dimension des Geschlechts. Wer mehrfach benachteiligt wird, etwa als Frau mit Migrationsgeschichte, als Person mit Behinderung oder als Angehörige*r einer marginalisierten Gruppe, steht vor noch höheren Hürden. Politische Unterrepräsentanz ist immer auch eine Frage sich überlagernder Ungleichheiten.

Die größte Hürde liegt oft im Aufstieg: Frauen werden seltener nominiert. Über Kandidaturen entscheiden vor allem parteiinterne Netzwerke und Machtstrukturen, die nach wie vor stark männlich geprägt sind. Das zeigt sich darin, dass Frauen in Debatten weniger zugetraut wird, sie auf familienpolitische Themen reduziert werden (z.B. wer hat welchen Vorsitz bei welchem Ausschuss?), ihren Redebeiträgen weniger Bedeutung beigemessen wird oder sie sexistischen Sprüchen ausgesetzt werden. Studien zeigen zudem, dass Frauen häufig erst dann aufgestellt werden, wenn ein Listenplatz als wenig aussichtsreich gilt oder sich schlicht niemand anderes zur Wahl aufstellt.

Doch Frauen sind in der Politik unverzichtbar, denn sie bringen Erfahrungen und Sichtweisen ein, die für eine gerechte und zukunftsorientierte Politik wichtig sind, denn vielfältig besetzte Gremien treffen ausgewogenere Entscheidungen und betrachten umfassender gesellschaftliche Herausforderungen.

Quellen:

Helga Lukoschat/Jana Belschner (2019): Macht zu gleichen Teilen Ein Wegweiser zu Parität in der Politik Frauen. Vielfalt. Politik.

Andreas Blätte, Laura Dinnebiele und Merve Schmitz-Vardar (2023): Studie. Vielfalt sucht Repräsentation. Amts- und Mandatsträger*innen in der Kommunalpolitik

**"FORDERT DAS
STIMMRECHT, DENN
ÜBER DAS STIMMRECHT
GEHT DER WEG DER
SELBSTSTÄNDIGKEIT
UND EBENBÜRTIGKEIT,
ZUR FREIHEIT UND ZUM
GLÜCK DER FRAU."**

HEDWIG DOHM

Der Landesfrauenrat Niedersachsen und die LAG Gleichstellung Niedersachsen haben zur Kommunalwahl frauenpolitische Wahlprüfsteine veröffentlicht, die unterschiedliche Themen aufgreifen.

Die Wahlprüfsteine machen deutlich: Gleichstellung muss als Querschnittsaufgabe in allen kommunalen Politikfeldern mitgedacht werden.

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2026 | LAG Gleichstellung

**"WAS VERSTEHEN WIR UNTER
DEN RECHTEN DER FRAU?
NICHTS ANDERES ALS DAS
RECHT DES MENSCHEN
ÜBERHAUPT."**

ANITA AUGSBURG

SONDERNEWSLETTER ZUR KOMMUNALWAHL 2026



ARBEITSGEMEINSCHAFT
GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE
IN DER REGION HANNOVER



FILMTIPPS

Suffragette – Taten statt Worte (2015): Das britische Drama mit Carey Mulligan und Meryl Streep zeigt den radikalen Kampf der Suffragetten im London der Vorkriegszeit, die für das Stimmrecht unter Einsatz von Leib und Leben für Aufmerksamkeit kämpften

Die göttliche Ordnung (2017): Eine Schweizer Tragikomödie über die junge Hausfrau Nora, die 1971 in einem Schweizer Dorf eine Bewegung für das dort erst spät eingeführte Frauenstimmrecht initiiert

Die Unbeugsamen (2020): Dieser hochgelobte Dokumentarfilm von Torsten Körner porträtiert die ersten Politikerinnen der westdeutschen Bonner Republik. Er veranschaulicht eindrücklich, wie diese Pionierinnen gegen eine von Männern dominierte Gesellschaft und offene sexuelle Diskriminierung ankämpfen mussten.



BÜCHERTIPPS

Tannaz Falaknaz, Stefanie Lohaus und Cécile Weidhofer (2025): **Zu anders für die Macht! Wie mutige Frauen für Gleichberechtigung in der Politik kämpfen.**

Cécile Weidhofer, Dorothea Walchshäusl und Sarah Friedrich (2023): **Mit Kind in die Politik. Gute Praktiken für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt.**

Deutscher Bundestag (2024): **„Der nächste Redner ist ein Dame“. Die ersten Frauen im Bundestag.**

WENN SIE MIT KANDIDAT*INNEN FÜR DIE KOMMUNALWAHL INS GESPRÄCH KOMMEN, FRAGEN SIE DOCH MAL NACH, OB SIE ...

- ... sich für eine geschlechtergerechte Stadt- bzw. Gemeindeentwicklung einsetzen, beispielsweise bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen, Parks, Wegen und Plätzen?
- ... die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse von Frauen, Männern und diversen Personen bei der Verkehrsplanung sowie im ÖPNV (z.B. Frauen-Nacht-Taxi) berücksichtigen?
- ... Angsträume im öffentlichen Raum abbauen und die subjektive Sicherheit insbesondere von Frauen und Mädchen stärken wollen?
- ... sich im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung für eine geschlechtergerechte Politik einsetzen?
- ... die Sichtbarkeit von Frauen in der Kommune, etwa durch Benennungen von Straßen und Plätzen, Erinnerungskultur oder öffentliche Veranstaltungen stärken wollen?
- ... geschlechtergerechte Sport-, Freizeit- und Kulturangebote fördern?
- ... die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf durch bedarfsgerechte und qualitativ gute Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Angehörige fördern?
- ... die Belange von Alleinerziehenden bei kommunalen Angeboten und Entscheidungen berücksichtigen?
- ... sich für ausreichend Frauenhausplätze, Beratungsangebote und kommunale Hilfestrukturen bei häuslicher und sexualisierter Gewalt einsetzen?
- ... sich für mehr bezahlbaren Wohnraum in der Kommune einsetzen wollen?
- ... die politische Teilhabe von Frauen und anderen unterrepräsentierten Gruppen in kommunalen Gremien und Beteiligungsprozessen fördern?
- ... sich für mehr Frauen in Führungspositionen der Verwaltung sowie kommunalen Betrieben einsetzen?
- ... kommunale Haushalte auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit prüfen wollen (Gender Budgeting)?
- ... die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten stärken und hierfür ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen bereitstellen?

NUTZEN SIE IHR WAHLRECHT AM 13. SEPTEMBER 2026!

Denn wer wählen geht, übernimmt Verantwortung für die demokratische Entwicklung der eigenen Stadt oder Gemeinde.

Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Demokratie und schafft die Grundlage dafür, dass Gleichstellungspolitik Gehör findet. Nicht wählen bedeutet, anderen die Entscheidung zu überlassen.

Setzen Sie ein Zeichen für Demokratie, Teilhabe und Gleichstellung.

Denn eine gerechte Gesellschaft braucht die Perspektiven aller Menschen auch in der Politik.

Ihre Stimme zählt. Für Gleichstellung. Für Demokratie.